

## 16. Wahlperiode

---

### Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

#### **Aufnahme von Guantánamo-Inhaftierten**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. sich gegenüber der Bundesregierung und den Innenministern der Bundesländer dafür einzusetzen, dass gegenüber der US-Regierung die grundsätzliche Bereitschaft zur Aufnahme nicht tatverdächtiger Gefangener aus Guantánamo Bay erklärt wird.
2. die Bereitschaft des Landes Berlin zur Aufnahme eines Teiles der nicht tatverdächtigen Gefangenen zu erklären.

#### ***Begründung:***

US-Präsident Barack Obama hat am 22. Januar 2009 angekündigt, das Gefangenenlager in Guantánamo Bay auflösen zu wollen. Das von der Administration seines Amtsvorgängers nach dem 11. September 2001 eingerichtete Lager auf dem US-Militärstützpunkt auf Kuba hat die Glaubwürdigkeit einer an Völker- und Menschenrecht orientierten Politik des Westens schwer erschüttert. Menschenrechtsorganisationen fordern seit Langem, das Lager aufzulösen, in dem viele Menschen seit Jahren ohne Anklage und rechtsstaatliches Verfahren unter unwürdigen Bedingungen festgehalten werden. Sie berichten zudem von Misshandlungen und Folter.

Unbeschadet der Verantwortung der USA, Rechtsstaatlichkeit walten zu lassen, weiterhin Tatverdächtige vor ordentliche Gerichte zu bringen und nicht Tatverdächtige zu entlassen und zu entschädigen, kann die Bundesrepublik einen konkreten Beitrag zur raschen Schließung des Lagers leisten. Von den derzeit noch 245 in Guantánamo Bay Festgehaltenen gelten etwa 60 als nicht tatverdächtig. In ihre Heimatländer können sie nicht zurückkehren, weil ihnen dort Verfolgung und Folter drohen. Auch in den USA können oder wollen viele Inhaftierte – vor dem Hintergrund erfahrener Misshandlung verständlich – nicht leben. Die USA suchen daher Aufnahmeländer für Gefangene, von denen keine Gefahr ausgeht. Zwar hat die USA aus diplomatischen Gründen bisher noch

keine förmliche Anfrage an andere Staaten gestellt. Hochrangige Regierungsvertreter haben jedoch wiederholt deutlich gemacht, dass sie auch Deutschland um Aufnahme eines Teils der Inhaftierten bitten möchten.

Das Europäische Parlament hat am 4. Februar 2009 die Mitgliedstaaten aufgefordert, an einer Lösung des Problems mitzuwirken und sich auf eine Aufnahme von Guantánamo-Häftlingen vorzubereiten. Während Bundesaußenminister Steinmeier sich gegenüber dieser Forderung aufgeschlossen gezeigt hat, ist das Anliegen bisher von Bundesinnenminister Schäuble und von dem Berliner Innensenator Körting abgelehnt worden.

Der Münchner Stadtrat hat dagegen bereits einstimmig seine Bereitschaft erklärt, Häftlinge aus Guantánamo aufzunehmen, bei denen es sich nicht um Gewaltstraftäter oder Terroristen handelt. Berlin sollte als Stadt, die schon aufgrund ihrer Geschichte den Menschenrechten und den Vereinigten Staaten besonders verbunden ist, diesem Beispiel folgen.

Berlin, den 17. März 2009

Eichstädt-Bohlig Ratzmann Öney  
und die übrigen Mitglieder der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen